Protokoll

**zur 19. Generalratssitzung vom Montag, 22. März 2021,
19:30 bis 21:25 Uhr im Kultur- und Konferenzsaal Podium**

Anwesende Generalräte / Generalrätinnen:	***Fraktion: CVP-Die Mitte - CSP/Mitte Links - DUD*** Bächler Patrick, Bächler Thomas, Baeriswyl Laurent, Brülhart Urs, Burri-Ellena Antonietta, Clerc Bertrand, Cotting Bruno, Jendly Michael, Lenherr Sara, Merkle Anton, Meyer Thomas, Portmann Wolfgang, Stritt Erich, Sturny Mario ***Fraktion: SP*** Aebischer Eliane, Aeschlimann Susanne, Haas Markus, Haymoz Anton, Roggo Markus, Schneuwly Patrick ***Fraktion: FDP/die Liberalen - DUD*** Bossart David, Brägger Benjamin, Raemy Irene, Schaller Patrik, Schneider Franz, Zurkinden-Riedo Iris ***Fraktion: SVP*** Brügger Adrian, Jeckelmann Dario, Jungo Pascal, Klaus Manuela, Rätzo Renata, Zbinden Marco, Zurkinden Michael ***Fraktion: Freie Wähler Düdingen*** Baumeyer German, Giroud-Weber Brigitte, Haymoz-Birbaum Jacqueline, Krummen Hansueli, Portmann Raphael, Schneuwly André, Zosso Beat ***Fraktion: Junge Liste Düdingen*** Fasel Carole, Haymoz Olive, Hayoz Daniel, Schneuwly Jonas ***parteilos*** --
Total: 44	
Gemeinderäte / Gemeinderätinnen	Binz Andreas FWD, Dietrich-Wenger Marianne CVP, Hauswirth Urs SP, Johner-Tschannen Anita CSP, Philipona Kuno CVP, Schwaller Bruno CVP, Siegenthaler Stefan SVP,
Gemeindeschreiber	Wirz René
Abteilungsleiter/in	--
Sitzungsleitung	Haas Markus, Generalratspräsident
Stimmenzähler	Bossart David Jendly Michael Zbinden Marco
Vizepräsidentin:	Haymoz Olive
Protokollführung:	Wirz René, Gemeindeschreiber
Presse:	Ruffieux Imelda (Freiburger Nachrichten) Bürgy Philippe (Radio Freiburg)
Oberamt	Raemy Manfred
Entschuldigt:	Baeriswyl Marianne, SVP Engel Manfred, parteilos Fasel Kuno, CVP-Die Mitte Jungo-Roggo Irmgard, FDP/die Liberalen

	Vonlanthen Severin, JLD Waeber Eliane, Sekretärin des Generalrates Mäder Niklaus, Vizeammann
Abwesend:	Aebi Marc, FDP/die Liberalen
Stimmberechtigte Bürger am 22.03.2021	6'513

Mitteilungen

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Gemäss aktualisiertem Schutzkonzept dürfen die Masken nicht abgelegt werden. Im Foyer haben wir zudem FFP2-Masken zur Verfügung gestellt, für alle, die die Schutzwirkung noch etwas steigern möchten. Weiter sind folgende Regeln zu beachten:

1. Wir nehmen ausschliesslich auf nicht markierten Sitzen Platz.
2. Jede und jeder stellt in Eigenverantwortung die Einhaltung der Corona-Regeln sicher. In diesem Zusammenhang weise ich speziell darauf hin, dass nach dem Sitzungsende im Foyer weiterhin Maskenpflicht gilt und Gespräche in grösseren Gruppen am besten im Freien vor dem Podium geführt werden.
3. Sollte jemand in den nächsten 10 Tagen positiv auf Covid-19 getestet werden – was hoffentlich bei niemandem der Fall sein wird – ist es ganz wichtig, dass die betreffende Person umgehend die Gemeindeverwaltung informiert.

Und somit begrüsse ich Sie ganz herzlich zur heutigen GnR-Sitzung, welche leider aufgrund der weiterhin herrschenden besonderen Umstände erneut im Podium durchgeführt werden muss. Auch auf das Apéro am Schluss der Sitzung müssen wir ein weiteres Mal verzichten.

Sie haben alle das persönliche Couvert mit den Abstimmungskarten auf dem Tisch am Saal-Eingang entgegengenommen. Ich werde bei den einzelnen Traktanden das entsprechende Vorgehen erklären.

Organisatorisches

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Versammlung auf der Grundlage des Gesetzes über die Gemeinden vom 25. September 1980 abgewickelt wird. Die Einladung für die Versammlung ist allen Generalräten fristgerecht zugestellt worden und wurde auf der Homepage der Gemeinde publiziert. Somit ist die Versammlung gesetzeskonform einberufen worden.

Er gibt folgende weitere Informationen zur Organisation der Generalratssitzung bekannt:

- Die Sitzung des Generalrates ist öffentlich (Art. 9 GG);
- die Zuschauer/innen können auf den vorgesehenen Plätzen im oberen Bereich des Saals die Sitzung mitverfolgen;
- die Ausstandspflicht (Art. 21 + 65 GG) fällt in die Eigenverantwortung der anwesenden Generalrätinnen und Generalräte;
- Damit wir die Übersicht behalten, bitte ich, Wortbegehren mit Handerheben anzuzeigen und bei der Worterteilung ans Mikrofon auf der linken und rechten Seite der Bestuhlung zu treten. Die Mikrofone werden desinfiziert. Der ideale Abstand zum Mikrofon ist eine Handbreite. Ich bitte die Sprechenden langsam und deutlich sprechen. Und ich bitte die Zuhörenden, sich zu melden, wenn der oder die Sprechende nicht verstanden wird;
- die Stimmkarten (Grün = JA / Rot = Nein) bitte in Richtung der Stimmenzähler aufhalten und lange genug oben bleiben, damit genügend Zeit zum Zählen bleibt;
  die zusätzlichen roten A4-Blätter an einigen Sitzlehnen, die euch vermutlich aufgefallen sind, dienen den Stimmenzählern zur Abgrenzung ihrer Zonen;
- die Verhandlungen werden elektronisch aufgenommen (Art. 3 ARzGG). Nach Genehmigung des Protokolls wird die Aufzeichnung gelöscht. Eine Aufzeichnung wird für interne Forschungszwecke im Bereich der Spracherkennung an die Fachhochschule Nordwestschweiz weitergleitet und dort nach Gebrauch gelöscht;

- gemäss Art. 18 GG wird offen abgestimmt, wenn nicht ein Fünftel der anwesenden Generalräte eine geheime Abstimmung verlangt;
- wenn ein anwesender Generalrat ein Abstimmungsverfahren als rechtswidrig betrachtet oder wenn jemand das Gefühl hat, dass bei der Stimmenauszählung ein Fehler gemacht wurde, so ist die Beschwerde sofort bei Feststellung, hier an der Versammlung zu erheben. Spätere Beschwerden müssten zurückgewiesen werden;
- Anträge sind schriftlich abzugeben und müssen an der Versammlung von den Antragstellern nochmals verlesen werden.

Bemerkungen zur Einberufung : ---

Traktanden

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

138 Generalratssitzungen 2021-2026
Begrüssung und Sitzungseröffnung

0.11.3.030 Protokolle

139 Generalrat Protokolle Periode 2016 - 2021
Protokoll der Sitzung des Generalrates vom 7. Dezember 2020

0.12.0.040 Gemeinderat (Mitglieder, Organigramm, Ressorts)

140 Gemeindeanalyse BDO - Umsetzung Massnahmenplan
Budgetkredit Stelle Abteilungsleitung "Bildung und Soziales"

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

142 Parlamentarische Vorstösse 2016 - 2021
Motionen, Postulate, Anträge

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

143 Generalrat
Verschiedenes

Zeichenerklärung

GR	= Gemeinderat	GmV	= Gemeindeversammlung
GA	= Gemeindeammann	Fiko	= Finanzkommission
VA	= Vizeammann	GG	= Gemeindegesetz
GnR	= Generalrat	BZ	= Begegnungszentrum

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

138 Generalratssitzungen 2021-2026
Begrüssung und Sitzungseröffnung

1.1. Präsenzliste

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Entschuldigt haben sich folgende Personen:
- Engel Manfred, parteilos
- Fasel Kuno, CVP-Die Mitte
- Baeriswyl Marianne, SVP
- Jungo Irmgard, FDP/die Liberalen
- Vonlanthen Severin, JLD

sowie Vizeammann Niklaus Mäder und die Sekretärin des GnR Eliane Waeber.

Abwesend: Aebi Marc, FDP/die Liberalen.

Somit sind total 44 GnR anwesend, dies ergibt ein absolutes Mehr von 23.

1.2. Traktandenliste

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Die Traktandenliste wird durchgegangen.

Bemerkungen zur Traktandenliste:
GR Stefan Siegenthaler: Ihm ist es ein Anliegen, zum Rückzug des traktandierten Reglementes über die Hundehaltung und die Hundesteuer der Gemeinde Düdingen noch etwas zu erläutern.

Bisher wurden die Kosten für die Robidogs nicht getrennt betrachtet und waren in der Abfallbeseitigung integriert. Das heisst, die Leerung der Abfalleimer, generelle kleinere Reinigungen und die Leerung der Robidogs wurden in einem Arbeitsgang zusammen erledigt.
Bei der Ausarbeitung des Reglements wurde die Annahme getroffen, dass der Betrag reichen sollte, um die Kosten zu decken. Dies aufgrund der damals vorliegenden Einschätzung.

Mit den Ausweitungen und dem Ausbau der Langsamverkehrsachsen und der steigenden Bevölkerungszahlen in der ganzen Gemeinde wurde der Auftrag gegeben, eine neue Strategie betreffend Begleitmassnahmen wie Abfalleimer, Robidogs und sonstigen Infrastrukturerweiterungen zu den Langsamverkehrsachsen auszuarbeiten. Diese wurde letzten Montag in der Verkehrskommission erstmals besprochen.
Parallel dazu hat der Werkhof den genauen Aufwand der Robidog-Sammlungen erfasst. Dieser ist zum grossen Erstaunen aller Beteiligten etwa doppelt so hoch als bisher angenommen.
Da es sich hier im Hundereglement um eine Steuer handelt, gibt es keinen Handlungsspielraum bei der Festlegung der Höhe. Die Steuer ist nicht zweckgebunden, sollte aber etwa kostendeckend sein.

Nach dem ersten Schock habe ich mich entschieden, den GnR transparent zu informieren. Leider war dies vorgängig nicht möglich, aber die Information musste erfolgen und ich wollte es nicht erst heute Abend erklären. Die Fiko hat am Sonntagabend mitgeteilt, dass sie dieses Geschäft nochmals prüfen möchte. In Absprache mit dem Syndic, habe ich mich am Montagmorgen entschieden, das Geschäft zurückzuziehen, damit die finanziellen Aspekte nochmals in den Kommissionen mit der neuen Ausgangslage beurteilt werden können, um dem GnR ein gut überarbeitetes Hundereglement unterbreiten zu können.

Der GnR legt die Höhe der Steuer fest und der GR macht dazu einen Vorschlag.

In der Annahme, dass wir bei der Ausarbeitung richtig lagen, entschuldigt er sich für die kurzfristige neue Ausgangslage. Ihm war es ein Anliegen, möglichst schnell zu informieren und bittet daher um Verständnis.

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Laut dem GG steht es jedem Antragssteller zu, seinen Antrag selbst zurückzuziehen. Daher wird das Traktandum 4 von der Traktandenlistet gestrichen.

1.3. Mitteilungen aus dem Büro des Generalrats

Markus Haas, Präsident GnR (SP):
- Als erstes gratuliere ich im Namen des Büros allen gewählten GnR sowie den GR zur Wahl für die nächste Legislatur. Besonders freut es mich, dass alle bisherigen GnR, welche sich zur Wiederwahl gestellt haben, in der nächsten Legislatur wieder begrüsst werden dürfen. Sofern alle die Wahl annehmen, werden wir neben den 29 wiedergewählten GnR 21 neu Gewählte unter uns haben. Aus seiner Sicht ist dies ein ausgezeichneter Mix von Kontinuität und Erneuerung. Ich wünsche allen viel Befriedigung und Erfolg bei ihrer politischen Arbeit.
- Wie ihr sehen könnt, sitzt Eliane Waeber heute nicht hier vorne an ihrem gewohnten Platz. Sie legt gegenwärtig im Rahmen ihrer berufsbegleitenden Weiterbildung die mündlichen Prüfungen ab. René Wirz wird sie heute Abend würdig vertreten.
- Ebenfalls nicht an ihrem gewohnten Platz sitzen die GR. Da je nach Geschäft einzelne Mitglieder des GR direkt angesprochen werden, ist es für sie wichtig, die wortführende Person ansehen zu können, um die Gestik und Mimik wahrnehmen zu können. Aus diesem Grund sind wir dem Wunsch des GR nachgekommen und haben die Sitzordnung leicht angepasst.
- Die heutige Sitzung wurde zusätzlich zur eigentlichen Terminplanung angesetzt. Dies wurde nötig, weil sich abgezeichnet hat, dass die Menge an Geschäften den Rahmen von der letzten Sitzung der Legislatur am 26. April 2021 gesprengt hätte. Er bedankt sich für die Flexibilität der GnR, an der heute kurzfristig angesagten GnR-Sitzung teilzunehmen.
- Am 25. Februar 2021 ist das vom Staatsrat genehmigte Geschäftsreglement des GnR bei der Gemeindeverwaltung eingetroffen. Damit geben wir dem neu gewählten GnR indirekt einen Teil unserer Erfahrungen mit in die 2. Legislatur 2021-2026 weiter.
- An der Bürositzung vom 1. März 2021 wurde der Vorschlag „Workshop für neu gewählte GnR“ besprochen. Das Thema wird an der nächsten Büro-Sitzung noch vertiefter besprochen. Wir erhielten von allen Fraktionen ein Feedback dazu.

1.4. Mitteilungen aus dem Gemeinderat

GA Kuno Philipona: Als erstes möchte auch ich, wie vorgängig der GnR-Präsident, allen Kandidatinnen und Kandidaten, welche sich zur Wahl als GR oder GnR auf einer Liste aufstellen liessen, ganz herzlich danken. Somit konnten die Wählerinnen und Wähler aus sehr vielen Kandidatinnen und Kandidaten ihre Wahl treffen. Ich gratuliere den Wieder- und Neugewählten und wünsche allen viel Freude in der neuen Legislaturperiode.

Vor allem danke ich aber auch allen Helferinnen und Helfern, die am 7. März 2021 zusammen mit dem Gemeindeschreiber René Wirz, dazu beigetragen haben, dass die Wahlen reibungslos durchgeführt werden konnten.

1. Mutationen in der Verwaltung der Gemeinde

Ende 2020 hat Frau Krattinger Ramona, Verantwortliche der Steuerabteilung, ihre Kündigung eingereicht und uns Ende Februar 2021 verlassen. Wir bedauern den Weggang von Frau Krattinger sehr, denn sie war eine grosse Stütze der Finanzverwaltung.
Sie konnte in Ueberstorf die Stelle als Finanzverwalterin übernehmen und wir wünsche ihr alles Gute in dieser neuen, verantwortungsvollen Tätigkeit.
Wir konnten in der Zwischenzeit Frau Karin Hayoz aus Marly als Ersatz anstellen und sie wird ihre Tätigkeit in Düdingen am 1. Mai 2021 antreten.

Wie alle sicher in der Zwischenzeit vernommen haben, sind zwei weitere Kündigungen eingegangen.
Fast zeitgleich haben die beiden Abteilungsleitenden der Abteilung Bau und Finanzen uns mitgeteilt, dass sie neue Herausforderungen annehmen möchten.
Herr Köstinger wird in Zukunft in der Region Sense als Regional-Planer tätig sein und Frau Blanchard macht sich selbständig.
Herr Köstinger und Frau Blanchard werden noch bis Ende Mai für die Gemeinde arbeiten. Für die Zeit danach konnten wir mit beiden eine Vereinbarung treffen, damit sie ihre grossen Erfahrungen und Kenntnisse den Nachfolgern stundenweise weitergeben zu können.
Wir danken Herrn Köstinger und Frau Blanchard schon heute für ihren grossen Einsatz in den letzten Jahren und werden sie zu gegebener Zeit gebührend verabschieden.

Die Bewerbungen für die Nachfolger trafen bis am 15. März 2021 ein und wir werden am 29. und 31. März 2021 jeweils 4 Kandidatinnen und Kandidaten zum Vorstellungsgespräch begrüssen.
Ich hoffe, an der nächsten GnR-Sitzung die Namen der Nachfolger bekanntgeben zu können.

2. Projekt Rampen an der Grandfeybrücke

An der GnR-Sitzung vom 9. Dezember 2019 haben wir einen Kredit für die Durchführung eines Projektwettbewerbs betreffend Bau von Rampen an der Grandfeybrücke beantragt und der GnR hat diesen genehmigt.
Schon damals empfanden es viele als problematisch, dass ein solcher Projektwettbewerb durchgeführt werden muss.
Heute wird von den beauftragten Spezialisten vorgeschlagen, das Vorgehen nochmals zu überdenken und anstelle eines Projektwettbewerbs einen Submissionswettbewerb durchzuführen. Wir können mit einem Studienauftrag direkt eine Projektierung dieser Rampen vornehmen.
Diesem Vorgehen wurde von Seiten der SBB und des Kulturgüteramtes bereits zugestimmt. Derzeit warten wir noch auf die Rückmeldungen des Bau- und Rauplanungsamtes und des Amtes für Mobilität.
Da es sich um eine Vereinfachung der Planung handelt, welche weniger Kosten für den Planungsprozess verursacht, unterstützen die GR von Düdingen und Granges-Paccot dieses Vorgehen ebenfalls.

3. Eröffnung des Bahnhofbuffets

Der Umbau des Bahnhofbuffets ist praktisch abgeschlossen und wir können den verschiedenen Nutzern die Lokalitäten übergeben.

Ab 1. April 2021 zieht der Sozialdienst Sense-Unterland in die neuen Büros und wird seine Aktivitäten aufnehmen. Herr Kurth Born, Osteopath, wird dann auch seine Räume beziehen.

Ebenfalls könnte das Restaurant seine Türen öffnen, wenn nicht andere Probleme dies verhindern würden.

Die Gesundheitsligen werden am 1. Juni 2021 ihre Räumlichkeiten übernehmen.

Für Medbase wurden einige Räume im Rohbau bereitgestellt und mit ihnen vereinbart, dass diese bis Ende Jahr für sie reserviert sind.

Wir eröffnen also diese neu renovierte Liegenschaft in den nächsten Wochen und der neue GR wird sicher versuchen, nach der Pandemie einen Tag der offenen Türe zu ermöglichen.

Ich danke an dieser Stelle allen, die zum guten Gelingen dieses Bauprojektes beigetragen haben.

0.11.3.030 Protokolle

139 Generalrat Protokolle Periode 2016 - 2021
Protokoll der Sitzung des Generalrates vom 7. Dezember 2020

Beschreibung:
Das noch nicht genehmigte Protokoll der Sitzung des Generalrates vom 07.12.2020 lag in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf und konnte auf der Homepage unter www.duedingen.ch (Rubrik: Politik/Generalrat/Protokolle) eingesehen werden.

Wortmeldungen
Es wird keine Wortmeldung verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, das Protokoll der Generalratssitzung vom 7. Dezember 2020 zu genehmigen.

Beschlussfassung: ***Anwesende Generalräte: 44***

Das Protokoll Nr. 18/2020 der Sitzung des GnR vom 07.12.2020 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

0.12.0.040 Gemeinderat (Mitglieder, Organigramm, Ressorts)

140 Gemeindeanalyse BDO - Umsetzung Massnahmenplan
Budgetkredit Stelle Abteilungsleitung "Bildung und Soziales"

Ressort GR Anita Johner

Ausgangslage
Der Bericht der BDO über die Behörden- und Verwaltungsanalyse postuliert nach dem Auszug des Sozialdienstes die Bildung einer neuen Abteilung. Der Gemeinderat hat nach Diskussionen an verschiedenen Sitzungen zwischen Juni und Dezember 2020 die Schaffung einer Abteilung Bildung und Soziales unter Berücksichtigung der Argumente pro und kontra beschlossen.

Die neue Abteilung ist aus qualitativer Sicht notwendig, damit die Gewichtung der Themen sowohl gegenüber dem Gemeinderat als auch in der Verwaltung gleichberechtigt gewährleistet werden kann.
Die neue Abteilung ist aus quantitativer Sicht notwendig, da niemand des aktuellen Kaders Ressourcen für diese Aufgabe aufbringen kann und der/die künftige Ressortverantwortliche kaum mehr Zeit für operative Arbeiten aufbringen kann und soll.

Die im Dokument "7er Gemeinderat" aufgeführten Aufgaben des Ressorts (und damit der Abteilung) Bildung und Soziales umfassen die Bereiche: Bildung, Soziales, Kinder- und Jugendarbeit, Integration, Alter und Gesundheit, Gemeinwesenarbeit.

Die angestellten Berechnungen zeigen auf, dass für die Leitung der Abteilung eine 60 %-Stelle geschaffen werden soll. Dieser Abteilung angegliedert werden künftig die Jugend- und die Gemeinwesenarbeit (bisher Sozialamt) sowie die ASB und das Schulsekretariat PS (bisher Kanzlei).

Neben der fachlichen und personellen Führung der Abteilung unterstützt die abteilungsleitende Person der/die künftige ressortverantwortliche GR in der organisatorischen und administrativen Betreuung sämtlicher relevanter Kommissionen und externen Mandaten. Weiter
- Entlastet sie den/die GR, indem sie ihn/sie bei der Arbeit in den verschiedenen Vorständen unterstützt.
- Entlastet sie die Leiterin ASB von Managementaufgaben und stellt dem Jugendarbeiter und der Verantwortlichen Gemeinwesenarbeit fachliche Unterstützung zur Verfügung.
- Koordiniert sie die administrative Unterstützung durch die Abteilungen Finanzen und Kanzlei für ihre Dienste.
- Stellt sie die administrative und finanzielle Begleitung aller ausserfamiliären Kinderbetreuungsangeboten sicher.

Trotz all den Vorarbeiten sind die Kosten für die neue Stelle "Abteilungsleitung Bildung und Soziales" nicht im Budget 2021 enthalten. Diese Tatsache wurde an der Generalratssitzung vom 07.12.2021 falsch kommuniziert. Die Gemeinde darf keine Ausgaben tätigen, die nicht im Budget inbegriffen sind, ausser diese sind dringlich.

Ziel
Der Generalrat genehmigt die Stelle und den zusätzlichen Budgetkredit und ermöglicht somit die Ausschreibung der Stelle.

Massnahmen
Für die Berechnung wird angenommen, dass die 60 %-Stelle ab 01.07.2021 besetzt werden kann und die notwendigen Infrastrukturkosten ebenfalls ab dann anfallen. Dafür werden gesamthaft CHF 55'000 budgetiert.

Gemäss Art. 34 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden muss für die neue Abteilungsleitungsstelle ein Budgetkredit beantragt werden. Dieser ermächtigt den Gemeinderat, die Jahresrechnung 2021 für diesen bestimmten Zweck mit dem festgelegten Betrag zu belasten. Da der Budgetbetrag im genehmigten Budget 2021 nicht enthalten war, wird an dieser Stelle ein separater Budgetkredit mit einer damit verbundenen Budgetänderung vorgeschlagen. Der budgetierte Gesamtaufwand beträgt neu CHF 39'012'785 und der budgetierte Ertragsüberschuss reduziert sich von CHF 130'000 auf CHF 75'000. Ab 2022 wird diese Stelle im ordentlichen Budget integriert sein.

Für die Erfolgsrechnung 2021 heisst das:

	Vor Budgetänderung	Nach Budgetänderung
	CHF	CHF
Gesamtaufwand	38'957'785	39'012'785
Gesamtertrag	39'087'785	39'087'785
Ertragsüberschuss	**130'000**	**75'000**

Änderung auf Ebene Konto:

Kontonummer	Kontobezeichnung	Betrag in CHF vor Budgetänderung	Betrag in CHF nach Budgetänderung
0220.3010.01	Besoldung	773'690.00	814'140.00
0220.3050.01	AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV inkl. Verwaltungskosten	50'700.00	53'400.00
0220.3052.01	AG-Beiträge Pensionskasse	66'420.00	69'900.00
0220.3053.01	AG-Beiträge Unfallversicherung	1'730.00	1'800.00
0220.3054.01	AG-Beiträge Familienausgleichskasse	22'190.00	23'400.00
0220.3055.01	AG-Beiträge Krankentaggeldversicherung	1'110.00	1'200.00
0220.3113.01	Anschaffung Hardware	3'000.00	6'000.00
0290.3110.01	Anschaffung Mobiliar	3'300.00	7'300.00

Fazit
Damit die Verwaltung dem/der künftigen ressortverantwortlichen GR die notwendige operative Unterstützung leisten kann, genehmigt der Generalrat die Schaffung der Stelle und den entsprechenden Budgetkredit.

Einleitung:
GR Anita Johner: Auch ich möchte mich zuerst den Gratulationen anschliessen. ich kann meine Freude nicht ganz verhehlen, dass wir jetzt drei Frauen im GR Düdingen sein werden. Ich bin begeistert und es wäre schön gewesen, wenn es im GnR auch etwas mehr Frauen hätte. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Ich gratuliere jedem, auch denen die es nicht geschafft haben, denn man muss sich ja die Zeit dafür nehmen und den Wahlkampf bestreiten.

Zu ihrem Antrag von heute Abend. Wir haben es geschafft, die Fehlerkultur im GR zu pflegen. Kürzlich durfte sie online an einem Politforum teilnehmen in Thun, an welchem es hiess "Pflegen sie ihre Fehlerkultur". Das haben wir gemacht, wir haben es schlichtweg nicht geschafft, diese Stelle zu budgetieren, welche wir bewilligt haben. Es ist im GR unbestritten gewesen, dass es diese Stelle von 60 % für die Abteilungsleitung "Bildung und Soziales" braucht. Es ging einfach ein bisschen lange, bis es spruchreif war und dann war der Budgetprozess bereits erfolgt.

Kurz nachdem die Unterlagen den GnR zugänglich gemacht wurden, hat es bereits einen Antrag gegeben, welcher dazu führte, dass wir im GR nochmals kurz darüber diskutiert haben, ob wir die Abteilungsleitung "Bildung und Soziale Sicherheit" nennen oder wir sie doch benennen wollen, wie sie im Sprachgebrauch der Bevölkerung sicher besser ankommt, nämlich Abteilungsleitung "Bildung und Soziales". Da wir diese Anfrage sehr früh erhalten haben, hatten wir die Gelegenheit, dies im GR nochmals zu diskutieren.
Wir kamen auf den Begriff "Soziale Sicherheit", weil dies im HRM II so steht und wir hatten den Eindruck, wir wären verpflichtet die Stelle so zu benennen. Aber die ganzen Argumente, weshalb wir die Stelle anders bezeichnen sollen, haben uns überzeugt.

Gemäss dem BDO-Bericht, welcher euch bereits zur Verfügung stand, ist unbestritten, dass eine Abteilungsleitung für die grossen Aufgaben benötigt, welche ein solches Ressort beinhalten, um dies dann auch gewährleisten zu können. Sie darf seit dem Abgang von Fabian Wienert im Oktober 2020 auch das Ressort Soziales betreuen. Sie kann sagen, diese zwei Ressorts zusammen – Bildung und Soziales – sind nicht ganz ohne. Es ist dringend notwendig, dass diese Abteilungsleitung in nächster Zeit eingeführt wird. Es

ist sicher so, dass ein GR strategische Verantwortung hat, aber es darf sicher nicht sein, dass ein GR zur Sachbearbeiterin der Gemeinde wird. Trotz der Aufstockung unserer Prozente, wobei wir jetzt auch angestellt sein werden, ist die Arbeit in diesen beiden Ressorts sehr umfangreich. Es braucht zwingend eine Person, welche die Vernetzung zwischen den verschiedenen zahlreichen Kommissionen in diesen beiden Ressorts herstellt. Es gibt auch regionale Kommissionen, wie das Gesundheitsnetz Sense oder der OS Vorstand. Es gibt auf Gemeinde- wie regionaler Ebene sehr viel Arbeit.

Es ist auch so, dass die Abteilung die Teuerste ist, ob wir jetzt diese Stelle schaffen oder nicht. Wir geben in der Jahresrechnung für Bildung und Soziales am meisten aus. So ist es doch mehr als vernünftig, wenn wir da auch jemand Mitverantwortlichen für das Personal und natürlich auch für die Vernetzung innerhalb der Kommissionen zur Verfügung haben und jemand, welcher schaut, dass der GR immer auf dem neuesten Stand ist und die wichtigen Geschäfte zur richtigen Zeit dem GR unterbreiten kann.

Wir haben uns lange Zeit gelassen, um die Abteilungsleitung "Bildung und Soziales" anzupacken. Wir haben festgestellt, dass es auf jeden Fall ein Arbeitspensum von 60 % benötigt. Für die ASB haben wir keine Stellvertretung der Bereichsleitung und wenn uns Bettina Werthmüller aus irgendwelchen Gründen ausfällt, ist dort niemand, den wir von heute auf morgen einsetzen könnten. Wir benötigen auch im Bereich GWA unbedingt jemanden, welcher die Führung mit übernimmt. Die GWA-Stelle ist zwar mit 50 % besetzt, aber sehr oft stellen wir fest, dass mehr Aufträge vorhanden sind, als bearbeitet werden können. Nicht zu vergessen, wenn Motionen oder Postulate des GnR an unser Ressort herangetragen werden, auch deren Bearbeitung ist zeitintensiv.

Sie bittet darum, es mit dieser Abteilungsleitung nicht so zu machen, dass wir am Schluss sagen müssen "Den Letzten beissen die Hunde." Das ist jetzt die letzte Massnahme, welche es gilt im Zusammenhang mit dem BDO-Bericht umzusetzen. Sie bittet darum, dem Nachtragskredit zuzustimmen.

Stellungnahme der Fiko gemäss Gemeindegesetz (Sprecher: Thomas Meyer)

Im Rahmen unseres Auftrages hat die Fiko die finanziellen Aspekte des Nachtragskredits für die Kosten der Stelle einer Abteilungsleitung "Bildung und Soziales" geprüft.

Die Fiko hält dazu Folgendes fest:

- *Da der Budgetbetrag im genehmigten Budget 2021 nicht enthalten war, muss die Ausgabe dem GnR gemäss Art. 34 des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden mit einem separaten Nachtragskredit unterbreitet werden.*
- *Zudem muss die damit verbundene Budgetänderung ausgewiesen werden. Mit der unterbreiteten Änderung wird sich der erwartete Ertragsüberschuss von CHF 130'000.- auf CHF 75'000.- reduzieren.*
- *Der Zweck der Ausgabe ist in der Botschaft erläutert und begründet und heute auch noch von der zuständigen GR erläutert worden.*
- *Die Kosten, inklusive der Lohnnebenkosten der Arbeitgeberin und die Investition für den Arbeitsplatz wie auch die entsprechenden Auswirkungen auf das Budget werden korrekt ausgewiesen.*

Aus den genannten Gründen empfiehlt die Fiko aus finanztechnischer Sicht dem Budgetkredit für die Kosten der Stelle einer Abteilungsleitung "Bildung und Soziales" zuzustimmen.

Wortmeldungen:
Hansueli Krummen (FWD): Er gibt die Stellungnahme der Fraktion der FWD ab.
Die Reduktion der GR-Mitglieder von 9 auf 7 bedingt nicht nur auf strategischer, sondern auch auf operativer Ebene (Verwaltungsebene) eine Neuorientierung: Das neugeschaffene Ressort 3 "Bildung und Soziales" wird in der neuen Legislatur für die Amtsinhaberin oder den Amtsinhaber sehr arbeits- und zeitintensiv sein. Es sind schon Exekutivmitglieder an dieser zeitaufwändigen Aufgabe gescheitert.
Bei den Fachbereichen Bildung / Sozialdienst / Kinder- und Jugendarbeit / Integration / Alters- und Gesundheitspolitik und Gemeinwesenarbeit stehen grosse Umwälzungen an. Dafür verantwortlich ist teilweise auch die ganze Coronageschichte, die uns aktuell und auch langfristig beschäftigen wird. Die Schaffung von Personalressourcen in diesem Bereich ist dringend, wenn nicht zwingend, notwendig.
Auf einer etwas unglücklich zustande gekommen Zusatzrunde unterbreitet uns der GR einen transparenten Antrag für die Schaffung der Stelle Abteilungsleitung "Bildung und Soziales".

Die Fraktion der FWD unterstützt den Antrag einstimmig. Wir sind von der Wichtigkeit dieser Schaltstelle zwischen operativer und strategischer Ebene überzeugt. Zudem wird durch diese Stelle auch eine Analogie zu den Abteilungsleitungen in anderen Ressorts geschaffen.
Wir hoffen, dass alle Fraktionen diesem Antrag vorbehaltlos zustimmen können.

Renata Rätzo (SVP): Wir von der SVP weisen den Budgetkredit des GR zurück und dies aus folgenden Gründen:

1. Das Budget wurde noch vor nicht so langer Zeit bearbeitet und wir fragen uns, warum diese Stelle nicht im laufenden Budget aufgenommen wurde?
2. Die Argumentation, welche uns unterbreitet wurde, sehen wir ein und sind uns auch bewusst, dass die Reduktion des GR-Gremiums von 9 auf 7 Personen sicher grosse Auswirkungen auf die jeweilige Arbeit hat. Jedoch finden wir es übereilt, jetzt schon eine weitere Stelle zu generieren, bevor die 7 GR mit ihrer Arbeit begonnen haben.

Mit der Restrukturierung der Gemeinde wurden vor allem die Dienstleistungsstellen aufgestockt. Was fast eine Million mehr Lohnzahlungen zur Folge hatte, hier ist in Zukunft ein Stopp anzustreben, da die Finanzen in den nächsten Jahren sicher nicht mehr so rosig sein werden.
Wir würden folgenden Ablauf vorschlagen: Zuerst beginnt der neue GR mit seiner Arbeit, kann dann diese neue Stelle, falls es sie braucht, ins nächste Budget aufnehmen und dann kann diese Stelle besetzt werden!
Aus diesen Gründen weisen wir den Antrag zurück und hoffen das der GnR diesem Rückweisungsantrag zustimmt.

Anton Merkle (CVP-Die Mitte – CSP/Mitte Links – DUD): Im Namen der CVP-CSP-Fraktion gibt er folgende Stellungnahme ab:

Wir können die Einwände und Bedenken der SVP sehr gut verstehen und auch uns sind die doch eindrücklichen Personalkosten des Gemeindeapparates etwas aufgefallen. Nichtsdestotrotz glauben wir aber, dass wir diesen Budgetkredit für diese Stelle bewilligen sollten und das aus folgenden Gründen:

1. Die Gemeinde hat es sich nicht einfach gemacht und eine Gemeindeanalyse erstellt. In dem BDO-Bericht ist die Stelle einer Abteilungsleitung für "Bildung und Soziales" erwähnt und als notwendig eingestuft worden.
2. Dieser BDO-Bericht ist dem GnR seinerzeit unterbreitet worden. Der GnR hat damals darüber abgestimmt und den Bericht angenommen. Infolgedessen wäre es jetzt unlogisch und kontrovers, wenn diese Stelle nun abgelehnt würde.
3. Hand aufs Herz. Wenn in der letzten Budgetsitzung im GnR kein Fehler passiert wäre, wäre diese Stelle ja damals durchgewunken worden und wir müssten das Ganze heute nicht mehr diskutieren.

Aus diesen Gründen glauben wir, dass diese Stelle bewilligt werden sollte. Jede Abteilung hat einen GR und einen Abteilungsvorsteher und das ist für die CVP-CSP-Fraktion auch richtig so. Die CVP-CSP-Fraktion wird dem GR-Antrag zustimmen und er möchte alle ermuntern, dasselbe zu machen. Besten Dank.

Patrik Schaller (FDP/die Liberalen – DUD): Die Fraktion FDP/die Liberalen-DUD hat das Traktandum 3 besprochen und wir nehmen gerne Stellung dazu.

Die Schaffung einer neuen Abteilung "Bildung und Soziales" wird vom GR durch den Bericht der BDO begründet, wie auch von den Vorrednern bereits mehrmals gehört. Die Analysen des Berichts gehen von einem Bedarf von 260-360 Stellenprozenten aus.
Seit der Prüfung durch die BDO erfolgten Neuanstellungen und Pensenerhöhungen von über 300 Stellenprozenten. In den bestehenden Abteilungsleitungen werden meines Wissens 10-20 % für die Aufgabe der Abteilungsleitung eingerechnet. Somit ist eigentlich auch eine operative Leitungsaufgabe von über 40 % vorgesehen.

Ein anderes Beispiel ist die Personaladministration, welche reorganisiert wurde und erfolgt neu zentral und ohne zusätzliche Personalressourcen. Dies zeigt uns, dass Verbesserungen auch ohne Schaffung von neuen Stellen umgesetzt werden können.
In den kommenden Monaten gibt es mehrere Mitarbeiterabgänge, wie wir auch vom GA gehört haben. Je nach Neuanstellungen sind Synergien zu prüfen. Für die anstehende Vakanz der Finanzverwaltung wurde eine Neuanstellung 80-100 % ausgeschrieben, bisher 60 %. Die Ausgliederung des Sozialdienstes sollte logischerweise eine Reduktion der Stellenprozente zur Folge haben. Der Antrag des GR wirft viele Fragen im Zusammenhang mit der Personalpolitik auf. Wäre es nicht besser einen Zwischenstopp einzulegen und dieses Bedürfnis durch den neuen GR nach dessen Einarbeitung beurteilen zu lassen?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung erledigen ihre Arbeit nach bestem Wissen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Es wäre sinnvoll, ihnen im Zuge von flacheren Hierarchien mehr Verantwortung zu übertragen. Das macht für jede und jeden Einzelnen die Arbeit attraktiver und interessanter.
Die neue Gemeindeorganisation startet mit der kommenden Legislatur. Der Zeitpunkt für eine zusätzliche Neuanstellung der Abteilungsleitung ist verfrüht. Der neue GR soll nach seiner Einarbeitung einen notwendigen Bedarf analysieren und die Schaffung bzw. deren Kosten beim neuen Budget 2022 einfliessen lassen.
Aus diesem Grund wird die Fraktion der FDP/die Liberalen-DUD dem Antrag um Rückweisung der SVP zustimmen und bei einer Abstimmung den Budgetkredit ablehnen.

Anton Haymoz (SP): Die SP Düdingen hat das Geschäft an der Fraktionssitzung besprochen.
Wie in der Stellungnahme des GR erklärt wurde, ist die Schaffung einer solchen Stelle notwendig für die fachliche Führung des Ressorts 3 "Bildung und Soziales".
6 von den 7 Ressortverantwortlichen wird eine fachliche, organisatorische und administrative Unterstützung einer Abteilungsleitung zur Verfügung gestellt. Kein Argument rechtfertig, dass dies im Falle des Ressorts "Bildung und Soziales" anders gehandhabt werden soll.
Weiter ist die Schaffung einer solchen Stelle eines der Haupterkenntnisse aus der Gemeindeanalyse und für uns handelt es sich um eine längst fällige Notwendigkeit, die jetzt auf einer gut vorbereiteten Grundlage endlich umgesetzt werden kann.
Auch sind wir der Meinung, dass diese neue Stelle den GR entlasten und unterstützen wird. Dies ist insofern wichtig, dass damit eine dauerhafte Sicherstellung der Aufgaben "Bildung und Soziales" gewährleistet ist.
Der Budgetänderung für die Schaffung einer Stelle Abteilungsleitung "Bildung und Soziales", wie uns vorliegt, erachten wir als sehr wichtig und stimmen dem Geschäft zu.

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Da das Wort nicht mehr verlangt wird, kommen wir zum Abstimmungsprozedere.

Die Fraktion der SVP beantragt das Geschäft an den GR zurückzuweisen.

Beschlussfassung: ***Anwesende Generalräte: 44***

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 13 Ja-Stimmen zu 31 NEIN-Stimmen abgelehnt.

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Somit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates.

ANTRAG des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:

der Schaffung der Stelle sowie dem Budgetkredit und der damit verbundenen Budgetänderung für das Jahr 2021 zuzustimmen.

Beschlussfassung: ***Anwesende Generalräte: 44***

Der Antrag wird mit 31 JA-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen genehmigt.

0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)

141 Parlamentarische Vorstösse 2016 - 2021
Motionen, Postulate, Anträge

4.1 Motion "Anstellung Schulsozialarbeiter/in Primarschule"

Die GnR Aebischer Eliane (SP) und Baeriswyl Laurent (CVP) haben mit Schreiben vom 7. Dezember 2020 eine Motion "Anstellung einer Schulsozialarbeiterin / eines Schulsozialarbeiters an der Primarschule" eingereicht.

Die Motion verlangt, dass die Gemeinde Düdingen eine 50 %-Stelle für die Schulsozialarbeit an der Primarschule finanziert, bis der Kanton seinen Anteil übernimmt. Die Einführung soll im Idealfall am 1. August 2021, spätestens jedoch am 1. Januar 2022, erfolgen.

Auszug aus der Motion:
"Die Einführung der Schulsozialarbeit auf Primarschulstufe ist dringend notwendig. Eine Hilfestellung in der Betreuung einzelner SchülerInnen im sozialen Bereich, Interventionen bei gravierenden Vorfällen in der Schule, Unterstützung und Beratung bei schwierigen Klassensituationen und allgemein die Förderung der sozialen Kompetenzen der Kinder wird erwartet.
Das Angebot der Schulsozialarbeit fördert ein gutes Schulklima, verbessert die sozialen Lernvoraussetzungen der Kinder und entlastet die Schule zugunsten ihrer pädagogischen Kernaufgaben."

Das Büro des GnR hat beschlossen, diese Motion an der Versammlung vom 22. März 2021 zu behandeln.

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Weist speziell darauf hin, wenn die Motion an den GR überwiesen wird, das Geschäft innerhalb einer Jahresfrist dem GnR zur Beschlussfassung vorgelegt werden muss, gemäss GG und dem Geschäftsreglement des GnR. Es liegt jedoch im Ermessen des GR, das Geschäft vorzeitig zur Abstimmung zu bringen, wenn dies die Umstände aus seiner Sicht erfordern.

Einleitung:
Eliane Aebischer (SP): Laurent Baeriswyl und ich freuen uns, euch heute die vorliegende Motion noch genauer vorstellen zu dürfen. Viele Fakten konntet ihr schon den Unterlagen entnehmen, diese wiederholen wir nicht. Wir gehen aber gerne im Detail auf ein paar Fragen ein, welche wir ab und zu gehört haben.

Laurent, warum hat die OS einen Schulsozialarbeiter (nachfolgend SSA) und die Primarschule (nachfolgend PS) nicht?

Laurent Baeriswyl (CVP): Bereits vor 15 Jahren hat der Gemeindeverband OS Sense die Zeichen der Zeit erkannt und zunächst einen und dann zwei SSA für die 4 OS-Zentren angestellt. Die OS Sense hat heute in jedem Zentrum eine 50%-Stelle Schulsozialarbeit. Der Gemeindeverband war im Kanton Vorreiter und hat die Notwendigkeit erkannt, wie übrigens jetzt auch mit den iPads.

Eliane Aebischer (SP): Warum möchte die OS nicht mehr auf den SSA verzichten?

Laurent Baeriswyl (CVP): In der Tat ist der SSA aus unserem Schulalltag nicht mehr wegzudenken. Der SSA ist eine wichtige Vertrauensquelle für Schülerinnen und Schüler, aber auch für Eltern und Lehrpersonen. Er ist fest in den Schulalltag eingebunden und trotzdem kann er autonom, gebunden an die Schweigepflicht, agieren.

Eliane Aebischer (SP): Was macht denn der SSA den ganzen Tag?

Laurent Baeriswyl (CVP): Das Arbeitsfeld des SSA gliedert sich in erster Linie in den folgenden Bereichen:
- Einzelberatung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern bei persönlichen oder sozialen Problemen
- Beratung von Eltern und Lehrpersonen
- Mediation
- Absprachen mit der Schuldirektion
- Präventionsworkshops organisieren und durchführen
- Spezifische Klasseninterventionen planen und durchführen
- Aktive Teilnahme an Elterngesprächen und Elternabenden

Eliane, warum können das die LP nicht selbst machen?

Eliane Aebischer (SP): Dafür gibt es verschiedene Gründe.
Häufig erkennen Lehrpersonen Probleme von Schülerinnen und Schülern sehr schnell und werden so zu einem wichtigen Bestandteil von einem "Frühwarnsystem". Den Lehrpersonen selbst fehlt dann aber einerseits das Knowhow, andererseits auch die Zeit, um sich diesen Problemen zu widmen.
Während der Unterrichtszeit müssen sie sich um die ganze Klasse kümmern, nach der Schule haben die Kinder heutzutage kaum mehr Zeit.

Zudem wollen, vor allem die älteren Schülerinnen und Schüler, ihre Probleme nicht in erster Linie mit der Lehrperson besprechen. Das kennen wir alle sicher selbst aus unserer Schulzeit.

Auch die Eltern wünschen sich manchmal eine aussenstehende Fachperson, um sich beraten zu lassen oder von ihren Schwierigkeiten, Sorgen und Ängsten zu erzählen. Die Lehrperson des eigenen Kindes ist da nicht für alle Eltern der optimale Gesprächspartner. Auch das ist für mich sehr gut nachvollziehbar!

Laurent Baeriswyl (CVP): Warum braucht es heute die Schulsozialarbeit? Früher ging es auch ohne!

Eliane Aebischer (SP): Die Schullandschaft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert und entwickelt. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Bedingungen des Unterrichtens und des Lernens. Durch die steigenden Bildungsansprüche ist die Schule stark gefordert und kann die sozialen Herausforderungen allein kaum mehr bewältigen. Durch die gesellschaftlichen Entwicklungen, durch das heterogene und multikulturelle Umfeld und durch veränderte Familienstrukturen werden sowohl die Familien als auch die Schule mit immer neuen Herausforderungen konfrontiert.
Schulsozialarbeit ist also eine Antwort auf die vielfältigen Veränderungen und Anforderungen in unserer Gesellschaft.

Laurent Baeriswyl (CVP): Wer profitiert konkret von dem SSA?

Eliane Aebischer (SP): In erster Linie sicher die Schülerinnen und Schüler durch unkomplizierte Beratung und Begleitung bei persönlichen oder sozialen Problemen oder bei Schwierigkeiten, sich an Regeln und Abmachungen zu halten
Aber auch die Eltern profitieren davon, indem sie die Möglichkeit zu niederschwelligen Beratungsgesprächen bei Sorgen um das Kind haben, aber auch indem man ihnen ergänzende oder weiterführende Fachstellen vermitteln kann.

Die Lehrpersonen haben einen fachlichen Austauschpartner und erhalten Unterstützung in Konfliktsituationen.

Letztendlich profitiert also sicherlich die ganze Schule und langfristig erhoffen wir uns durch das nachhaltige Angebot der Schulsozialarbeit die Förderung eines guten Schulklimas, die Verbesserung der sozialen Lernvoraussetzungen der Kinder und die Entlastung der Schule zugunsten ihrer Kernaufgaben.

Laurent Baeriswyl (CVP): Der GnR-Präsident hat es vorgängig erwähnt. Der GR hat für die Beantwortung einer überwiesenen Motion ein Jahr Zeit. Warum haben wir eigentlich Daten in die Motion geschrieben und möchten es schneller als ein einem Jahr?

Eliane Aebischer (SP): Nach Rücksprache mit der aktuell zuständigen GR braucht der GR nicht zwingend ein ganzes Jahr Zeit, um dem GnR eine ausgearbeitete Umsetzung und konkrete Zahlen vorzulegen. Es braucht weder einen Bericht noch neue Gesetzesartikel. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden und können von der Arbeit anderer Gemeinden profitieren.
Das Datum vom 1. August 2021 scheint uns aber heute auch nicht mehr realistisch. Der 1. Januar 2022 hingegen könnte anvisiert werden. Sollte dann aber bei einer Annahme heute der Arbeitsbeginn der neuen Schulsozialarbeiterin nicht bereits der 1. Januar 2022 sein, sondern ein oder zwei Monate später, wäre das für uns auch in Ordnung.

Noch eine letzte Frage: Warum sollten wir als Gemeinde die Kosten übernehmen, die per Gesetz vom Kanton bezahlt werden müssten?

Laurent Baeriswyl (CVP): Das Argument der Kosten können wir nicht entkräften. Es ist richtig, dass der Kanton die Kosten übernehmen müsste. Für die Grösse der PS Düdingen entspräche dies seit 2016 rund 60 bis 70 Stellenprozente, wovon die Gemeinde die Hälfte übernehmen muss.

De facto haben die Gemeinden den Betrag in den letzten Jahren eingespart, den sie bereits seit 2016 hätten aufwenden müssen.
Mit den in der Motion verlangten 50 Stellenprozent bezahlt die Gemeinde Düdingen rund 20 % mehr als sie müsste.

Hinzu kommt, dass laut einem Schreiben des Staatsrates vom Juni 2019, das uns vorliegt, der Kanton zunächst die bestehenden SSA finanziert und erst in einem zweiten Schritt neue Stellen schafft. Warten wir hier zu, stehen wir weiter hinten an und schauen zu, wie kleine Schulen uns rechts überholen, bei ihnen die SSA installieren und diese dann vom Kanton übernommen werden.

Wer das Geld als einziges Argument gelten lässt, wird hier wohl NEIN stimmen. Wir hoffen aber, dass wir die Notwendigkeit, den dringenden Bedarf für unsere Primarschule aufzeigen konnten und sie unsere Motion mit JA unterstützen. Danke für die Aufmerksamkeit.

GR Anita Johner: Wenn sie gewusst hätte, dass so viele Argumente kommen, hätte sie sich ihren Speech einfacher zusammenstellen können.
Der GR Düdingen hat sich die Arbeit auch nicht leicht gemacht. Wir haben dreimal in den GR-Sitzungen verschiedene Anträge behandelt, welche leider im GR keine Mehrheit gefunden haben. Die Dringlichkeit der Anstellung eines SSA ist uns absolut bewusst. Das stärkste Argument, welches wir jeweils im GR hatten, war dass es nicht Sache der Gemeinde ist, sondern Sache des Kantons und deshalb empfiehlt der GR die Motion abzulehnen.

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Er erwähnt, dass die Fiko erst zu einer Stellungnahme aufgefordert wird, wenn dieses Geschäft dem GnR zum Beschluss vorgetragen wird, also noch nicht im Rahmen einer Überweisung einer Motion.

Wortmeldungen:
Carole Fasel (JLD): Zu Beginn möchte sie Eliane und Laurent danken, dass sie dieses Anliegen aufgenommen und die Motion eingereicht haben.
Für die Junge Liste und auch für sie persönlich ist dies ein sehr wichtiges Anliegen. Als Lehrperson an einer Primarschule mit Schulsozialarbeiterin durfte sie bereits etliche Situationen erleben, die zeigten, wie gewinnbringend und entlastend es für die Kinder und auch die Lehrpersonen ist, eine Schulsozialarbeiterin an der Primarschule zu haben und dass diese eben nicht beispielsweise durch Schulpsychologen ersetzbar ist. Dies alles auch in Situationen, wie vorgängig beispielhaft von den Motionären erwähnt.

Die Einführung einer Schulsozialarbeitsstelle führt dazu, dass Lehrpersonen entlastet werden und sie sich mehrheitlich ihrer Hauptaufgabe, dem Unterrichten, widmen können und dabei wissen, dass sie im Umgang mit einzelnen oder mehreren Kindern mit sozialen Schwierigkeiten auf die Unterstützung der Schulsozialarbeiterin oder des Schulsozialarbeiters zählen können. Dies macht die Gemeinde Düdingen nicht nur zu einem attraktiveren Arbeitsort für Lehrpersonen, sondern auch zu einem attraktiveren Wohnort für Familien, da diese hier von einem weiteren Unterstützungsangebot profitieren können.
Für eine so grosse Schule wie Düdingen ist es, gerade mit Blick auf umliegende Gemeinden, die bereits so weit sind, an der Zeit, eine Schulsozialarbeitsstelle zu schaffen und nicht abzuwarten, bis der Kanton seine Hausaufgaben erledigt. Aus all den genannten und bereits gehörten Gründen unterstützt die Junge Liste die vorliegende Motion. Vielen Dank.

Antonietta Burri-Ellena (CVP-Die Mitte – CSP/Mitte Links – DUD): In Anbetracht der anspruchsvollen Situation, in der sich die Schulen heute oft befinden, ist die Anstellung eines Schulsozialarbeiters oder einer Schulsozialarbeiterin mehr als gerechtfertigt. Immer mehr Kinder zeigen auffällige Verhalten, mit denen sie das Kerngeschäft der Lehrpersonen stark beeinträchtigen und in extremen Situationen sogar fast verunmöglichen. Sowohl die Lehrpersonen, die Fachlehrpersonen, wie auch die Schuldirektionen stossen an die Grenzen des Machbaren. Oft sind auch die Eltern auf Hilfe angewiesen.

Der Schulsozialarbeiter ist eine neutrale Person, die im Schulalltag intervenieren kann. Sie ist als Fachperson für die Lehrpersonen, für die Kinder und nicht zuletzt auch für die Eltern da. Sie hilft mit, ein gutes Schulklima zu erreichen und damit auch die Voraussetzungen geschaffen werden, dass ein Kind optimal lernen und sich im sozialen Bereich entwickeln kann. Unsere Fraktion erachtet dies auch als zentral und bedeutungsvoll für eine allgemeine gute Zukunftsperspektive.

Wir nehmen an, dass die hier getätigten finanziellen Mittel gut eingesetzt sind und spätere Kosten vermindert oder gar vermieden werden können. Wir begrüssen die momentane Übernahme der Personalkosten durch die Gemeinde, um diese Stelle schnellstmöglich einzuführen. Wir erwarten aber vom Staatsrat, dass er das Schulgesetz von 2015 in diesem Punkt nun zügig umsetzt und in absehbarer Zeit den Primarschulen den Schul-Sozialarbeiter/die Sozialarbeiterin zur Verfügung stellt.

Die Mitglieder der CVP-die Mitte – CSP/Mitte Links – DUD-Fraktion waren bei der Einreichung Mitunterzeichner und unterstützen die Motion auch heute. Wir bitten euch, diesem Geschäft zuzustimmen und die Motion zu überweisen.

Manuela Klaus (SVP): Die eingereichte Motion wurde in unserer Fraktion ausführlich besprochen. Uns ist bewusst, dass es in der heutigen Zeit ein Bedürfnis ist, diese Stelle zu schaffen.
Grundsätzlich stehen wir dem positiv gegenüber. Jedoch möchten wir klar festhalten, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde Düdingen ist, diese Stelle zu finanzieren. Dies ist der Auftrag des Kantons. Es wurde vor kurzem eine Motion, welche von 10 Grossräten unterschrieben worden ist, an den Staatsrat übergeben. Mit der Aufforderung, dass der Kanton seine Verpflichtung, diese Kosten zu übernehmen wahrnimmt, gemäss dem kantonalen Schulgesetz.
Mit dieser Motion wird der GR jedoch lediglich beauftragt, dieses Geschäft auszuarbeiten. Für die Gemeinde Düdingen entstehen keine Kosten. Aus diesen Gründen unterstützt die Fraktion der SVP diese Motion.

David Bosshart (FDP/die Liberalen-DUD): Aus der Sicht von Schulleitungen mag die schnellstmögliche Anstellung eines Schulsozialarbeiters wichtig und richtig sein. Wie die Motionäre schreiben, sollen sich Lehrpersonen auf den Unterricht konzentrieren können. Als Gemeindepolitiker haben wir jedoch weitere Aspekte zu berücksichtigen. Dazu gehört: Wer etwas bestellt, muss es auch bezahlen. Dazu gehört ebenso: In unserem föderalistischen System ist der Kanton für Anstellungen im Bildungswesen zuständig. Der Kanton nahm sich das Recht, über Personalfragen im Bildungsbereich zu entscheiden. Folglich ist es auch am Kanton die Finanzierung sicherzustellen und für die angemessene Umsetzung der Schulsozialarbeit in den einzelnen Gemeinden zu sorgen. Damit dies geschieht braucht es weiterhin einen gewissen Druck auf den Kanton.

Wir von der FDP-DUD-Fraktion wollen den Kanton daher nicht aus der Verantwortung entlassen und lehnen aus den genannten Gründen die Motion ab.

Markus Roggo (SP): Die SP Düdingen wird die Motion unterstützen. Wie wir gehört haben, wartet die Primarschule seit Jahren auf dieses Unterstützungsangebot. Das Angebot wird an der Schule dringend benötigt, da der Primarschule immer mehr verschiedene Aufgaben aufgebürdet werden und die Probleme im sozialen Umgang wie Mobbing und Kommunikationsprobleme zunehmen. Es kann nicht sein, dass Düdingen als eine der grössten deutschsprachigen Schulen in den nächsten Jahren weiter auf ein solches Angebot warten muss. Wir bedauern es sehr, dass der Kanton seine Hausaufgaben in den letzten Jahren nicht gemacht hat und die Gemeinde jetzt in die Bresche springen muss.

Unserer Meinung nach überwiegen aber die Vorteile für die Kinder, auch für die Eltern und die gesamte Schule klar. Aus diesem Grund steht die Fraktion der SP geschlossen hinter der Motion.

André Schneuwly (FWD): Die FWD werden die Motion „Schulsozialarbeit“ einstimmig unterstützen. Die von den Motionären vorgebrachten Begründungen wurden heute Abend noch einmal ganz klar aufgezeigt und sind überzeugend. Ich verzichte daher darauf, alle diese Gründe nochmals aufzuzählen.

Es wurde heute Abend auch schon bereits gesagt, es wäre die Aufgabe des Kantons gemäss Gesetz und Reglement dieses Angebot zu realisieren. Leider sind wir noch nicht so weit. Und wir haben vorhin bereits von der SVP gehört, parallel zu dieser Motion wurde im Grossen Rat ein Mandat eingereicht, dass vom Kanton schrittweise, flächendeckend die Einführung von Schulsozialarbeit in den Jahren 2022 - 2026 realisiert werden sollte. Die Behandlung ist noch nicht erfolgt.

Die Gemeinde Düdingen, und auch das wurde bereits erwähnt, tut gut daran, kurzfristig eine Schulsozialarbeiterstelle zu schaffen. Wie die Motionäre schreiben: Die Chancen sind grösser, dass Düdingen bereits in der Anfangsphase bei der Umsetzung durch den Kanton finanziell unterstützt wird. Er wiederholt nochmals, die Gemeinde wird so oder so 50 % dieser Stelle bezahlen müssen. Das ist im Schulgesetz so geschrieben und dasselbe wie Schulpsychologie oder Logopädie. Also die Gemeinde wird 50 % bezahlen müssen, auch wenn der Kanton sich daran beteiligt. Das ist wichtig zu wissen, damit man nicht annimmt, der Kanton bezahlt 100 %.

Ich wiederhole, die FWD werden die Motion wie bereits angekündigt einstimmig unterstützen.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Büros des Generalrates

Das Büro des Generalrates beantragt dem Generalrat, nach erfolgter formeller Prüfung der Motion darüber zu befinden.

Beschlussfassung: ***Anwesende Generalräte: 44***

Die Motion wird mit 38 JA-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen überwiesen.

GnR Benjamin Brägger (FDP/die Liberalen-DUD) verlässt die Sitzung ohne Angabe eines Grundes vorzeitig.

4.2 Motion "Regionale Ausrichtung – Was will Düdingen"

Ausgangslage
Die Generalräte Bächler Laurent, Brügger Adrian, Brägger Benjamin, Lenherr Sara, Schneuwly André, Schneuwly Patrick und 33 Mitunterzeichnete reichten am 3. Februar 2019 eine Motion ein (Beilage 1). Sie wurde am 5. Mai 2019 vom Generalrat einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

Die daraufhin eingesetzte Spezialkommission erarbeitete in zwei Etappen den geforderten Bericht und lieferte ihn mit Datum vom 7. Dezember 2020 dem Gemeinderat ab (Beilage 2a). Anlässlich der Behandlung im Gemeinderat wurde noch drei Punkte im Rahmen eines Korrigendums hinzugefügt resp. ergänzt (Beilage 2b).

Ziel
Der Generalrat nimmt vom Bericht der Spezialkommission und der vom Gemeinderat am 26. Januar 2021 verabschiedeten Strategie Kenntnis und erklärt die Motion als erledigt.

Massnahmen
Die regionale Ausrichtung der Gemeinde Düdingen soll – gemäss ihrer Rolle als regionales Zentrum – durch folgende Strategie geprägt sein:

- Düdingen nimmt eine bedeutende Rolle in der Region Sense, in der Agglo Freiburg und im Kanton Freiburg ein.
- Bei den politischen Behörden und der Verwaltung hat die «Bewirtschaftung» der regionalen Organisationen einen hohen Stellenwert. Dafür werden die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen der Gemeinde zur Verfügung gestellt. Diese Ressourcen werden regelmässig auf ihren Nutzen überprüft.
- Initiierung und Unterstützung von Reorganisationen und Umstrukturierung bestehender interkommunaler Körperschaften im Sensebezirk, dies im Hinblick auf eine Entlastung der Ressourcen der Gemeinden, ihrer Behörden und Verwaltungen
- Die Gemeinde Düdingen bleibt Mitglied der Agglomeration Freiburg, arbeitet aufgrund des neuen Agglomerationsgesetzes aktiv an deren Umgestaltung mit, initiiert und unterstützt die Erweiterung des Perimeters auf weitere Sensler Gemeinden. Sie leistet damit einerseits ihren Beitrag zu einem zweisprachigen Kantonszentrum und kommt andererseits in den Genuss von Beiträgen des Bundes und des Kantons für Infrastrukturprojekte. Im Weiteren werden hiesige kulturelle Trägerschaften durch Beiträge der Agglomeration unterstützt.
- Nach Kenntnisnahme der Grundlagen des Gemeindeverbandes Agglomeration Freiburg stellt der Gemeinderat dem Generalrat Antrag bezüglich Mitgliedschaft der Gemeinde Düdingen. Je nach Entwicklung der Reorganisationsarbeiten der Agglo erstattet der Gemeinderat dem Generalrat regelmässig Bericht.

Die detaillierten Ausführungen der Massnahmen können dem Kapitel 5 des Berichts der Spezialkommission entnommen werden.

Fazit
Die Motion kann als erledigt betrachtet werden.

Einleitung:
GA Kuno Philipona: Die Motion vom 3. Februar 2019 "Regionale Ausrichtung - was will Düdingen" ist vom GnR an seiner Sitzung vom 5. Mai 2019 einstimmig überwiesen worden.

Wie er schon an der letzten GnR-Sitzung mitgeteilt hat, hat eine Spezialkommission, in welcher alle Parteien und Gruppierungen vertreten waren, einen Bericht bezüglich der Regionalen Ausrichtung von Düdingen ausgearbeitet und diesen am 2. Dezember 2020 abgeschlossen und dem GR abgegeben.

Der GR hat diesen Bericht beraten und mit einigen kleinen Ergänzungen, welche sie auch alle mit der Botschaft erhalten haben, genehmigt.
Mit der Einladung zur heutigen GnR-Sitzung haben sie alle diesen Bericht erhalten und konnten davon Kenntnis nehmen.

In dieser umfangreichen Analyse wurden 5 wichtige Punkte behandelt:
1. Die Ausgangslage und der Auftrag beschrieben.
2. Das heutige Beziehungsnetz aufgezeigt.
3. Die Vorgaben der künftigen regionalen Ausrichtung umschrieben.
4. Die mögliche Ausgangslage der regionalen Ausrichtung analysiert;
5. um dann die Strategie der künftigen regionalen Ausrichtung der Gemeinde Düdingen festzulegen.

In der Botschaft zur heutigen Sitzung findet sich die 5 wichtigsten Massnahmen, welche für die regionale Ausrichtung der Gemeinde Düdingen für die kommenden Jahre festgehalten wurden.

Der Bericht soll dem GR sowie dem GnR als Grundlage für Anträge und Beschlussfassungen zu den einzelnen aufgeführten Punkten dienen.

Im Namen des GR dankt er allen Mitgliedern der Spezialkommission für die Verfassung dieses Strategieberichtes und beantragt dem GnR die Motion "Regionale Ausrichtung – Was will Düdingen" als erledigt abzuschreiben.

Ihr seht ein grosses Werk hier vorliegen und alle konnten den Bericht zur Kenntnis nehmen. Er denkt, mit diesem Bericht ist für die nächste Legislatur eine sehr gute Basis geschaffen worden, auf welcher vom GR und auch vom GnR zu den einzelnen Punkten Beschlüsse oder auch Anträge gestellt werden können. Besten Dank für eure Aufmerksamkeit.

Wortmeldungen:
Patrick Schneuwly (SP): Die SP steht im Allgemeinen hinter der Strategie und den Massnahmen des Berichts, welche auf Basis der Motion "Regionale Ausrichtung – was will Düdingen" entstanden ist. Die Spezialkommission unter Leitung von Herrn Martin Hitz hat sehr gute Arbeit geleistet und wir möchten allen Beteiligten für ihre Arbeit danken. Es scheint uns wichtig, dass Düdingen allgemein eine bedeutende Rolle in der Region Sense, der Agglo Freiburg und im Kanton Freiburg ganz allgemein einnimmt. Die Regionen und Gemeinden werden zunehmend miteinander vernetzt und eine lösungsorientierte Zusammenarbeit wird Plicht.

Um Düdingen bei der regionalen Ausrichtung breit abgestützt zu positionieren, schlagen wir dem zukünftigen GR vor, dass wir den ganzheitlichen Fokus vor Augen haben, die verschiedenen politischen Herausforderungen wahrnehmen und angehen und die unterschiedlichen Ressourcen auch dementsprechend einsetzen. So sind als Beispiel die Verkehrsprobleme in Düdingen nicht nur hausgemacht und müssen dementsprechend auch regional, ja sogar überregional angegangen werden.
Um die vorgeschlagene Strategie und die damit verbundenen Massnahmen auch wirklich aktiv anzugehen und umzusetzen, schlagen wir dem GR vor, die Bildung einer "Kommission überregionale Zusammenarbeit" ins Auge zu fassen, um in Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative das weitere Vorgehen zu planen, Schwerpunkte zu setzen, um die gesetzten Ziele anzugehen. Es ist wichtig, dass diese sehr gute Vorarbeit auch wirklich umgesetzt wird und dass die Verbindung zwischen den jetzigen und den folgenden politischen Behörden gut gestaltet ist. Desweitern ist es unabdingbar, die Erkenntnisse in die neuen Legislaturziele einzubinden, um im nächsten 5-Jahresplan dementsprechend gute Meilensteine zu verankern.

Thomas Meyer (CVP): Die CVP-die Mitte/CSP-Mitte Links-Fraktion dankt der Spezialkommission und dem GR für die Erarbeitung des Berichts zur regionalen Ausrichtung von Düdingen. Er gibt einen guten und wertvollen Überblick über die Zusammenarbeit von der Gemeinde in verschiedensten Organisationen und Gremien. Er ist eine gute Grundlage für die künftigen Entscheide, vor denen Düdingen steht.
Wir teilen die Schlussfolgerungen des Berichts und unterstützen ohne Vorbehalte die Anträge des GR.

Wir sind überzeugt, dass die regionale Zusammenarbeit für unsere Gemeinde sehr wichtig ist, und zwar sowohl mit dem Kantonszentrum wie auch mit dem Bezirk.
Es gibt Aufgaben und Fragen, die nicht an der Gemeindegrenze Halt machen oder die wegen ihrer Grösse zusammen angegangen werden müssen, nach dem Motto "Zusammen erreichen wir mehr und zudem bessere Lösungen".
Die Entwicklung von Düdingen ist stark von regionaler Strategie abhängig, sei es in Fragen des Verkehrs wie auch der Siedlungsentwicklung. Als Arbeitsort, Schulort, für den Einkauf oder die Kultur spielt Freiburg auch für uns Düdingerinnen und Düdinger eine wichtige Rolle. So haben wir an deren Entwicklung ein grosses Interesse.
Die ersten konkreten Resultate aus der Mitarbeit in der Agglo ist auch im Dorf sichtbar, sei es in realisierten Infrastrukturvorhaben wie dem Toggelilochsteg, sei es mit der Einführung des Ortsbusses, aber auch bei der Raumplanung und der Unterstützung der Kultur.
Genau gleich ist die Region Sense ein sehr wichtiger Partner für die Entwicklung des Bezirks und für bezirksspezifische Aufgaben, besonders was Gesundheit, Schule, regionale Entwicklung, Tourismus, Sportanlagen betrifft.

Wir befürworten daher eine weitere Mitarbeit in der Agglo und der Region Sense und dies unabhängig, wie sie konkret organisiert sind.
Wir, wie auch die SP, beantragten, dass sich der GR überlegt, eine Spezialkommission zu bilden, welche sich diese Fragen stellt. Es ist wichtig, dass wir gemeinsam - GR und GnR - für unsere Gemeinde eine Strategie erarbeiten, wie die Organisationen strukturiert sein sollten, welche Ziele wir für Düdingen in diesen Gremien haben, welche Mittel wir dafür zur Verfügung stellen wollen und wie wir die Schnittstellen der Agglo und Region Sense bestmöglich regeln können.

Diese Fragen sollten mit einer Spezialkommission ausgearbeitet werden und eine Entscheidungshilfe bieten, damit die Entwicklung der regionalen Organisationen für unsere Gemeinde laufend analysiert und dem GR und GnR so eine wesentliche Stütze sein könnte.

André Schneuwly (FWD): Die FWD haben den Bericht des GR mit den Massnahmen zur Motion „Regionale Ausrichtung – was will Düdingen" diskutiert und nehmen folgendermassen Stellung:

Wir danken der Spezialkommission und dem GR für den Bericht. Die FWD Düdingen sind beeindruckt wie gross das Beziehungsnetz auf den verschiedenen Ebenen ist. Im Ganzen sind es 40 Mandate. Die Analyse ist für die FWD nachvollziehbar und transparent.
Das Bekenntnis des GR allgemein zur überregionalen Zusammenarbeit sticht hervor und ist wegweisend. Das Thema Regionalpolitik wird in den nächsten Jahren ebenfalls auch auf Kantonsebene prioritär behandelt werden.

Wir begrüssen, dass der GR die zukünftige regionale Ausrichtung mit dem Mehrzweckverband des Sensebezirks unterstützt und mitträgt. Auch unterstützen wir den Weg der regionalen Ausrichtung ausserhalb der Bezirks- und Kantonsgrenzen. Die Regionalpolitik wird in den nächsten Jahren allgemein an Wichtigkeit zulegen, und zwar über die Bezirksgrenzen hinweg.

Beim Thema Agglomeration möchten wir folgende Ergänzungen machen: Die Gemeinde Düdingen hat zwischen 2015-2019 CHF 3'272 Mio. einbezahlt und die Agglomeration hat sich bereits bis jetzt mit CHF 4'525 Mio. an den Projekten von Düdingen beteiligt ohne die Beträge, die in die Kultur einfliessen, d.h. Bad Bonn und Kultur im Podium mit einem Gesamtbetrag von CHF 650'000.-. Weitere werden folgen, so wie wir heute Abend gehört haben, wie die Rampe bei der Grandfey-Brücke.

Es freut uns, dass der GR sich zu einer zweisprachigen Agglomeration um das Zentrum unseres Kantons bekennt und sich aktiv beim Umbau der Agglomeration engagieren will. Die institutionelle Agglomeration muss gemäss neuem Gesetz in den nächsten 4 Jahren durch einen Gemeindeverband ersetzt werden. Die FWD hoffen auf weitere Mitgliedschaften aus dem deutschsprachigen Raum gemäss Perimeter des Bundes. Dies betrifft die Gemeinden Tafers, Tentlingen und Giffers im Sensebezirk und möglicherweise auch St. Ursen. Die im neuen Gesetz geforderten Aufgabenbereiche betreffen nur noch die Raumplanung, die Mobilität und der Umweltschutz.

Für die FWD ist es wichtig, dass auch die Kultur weiterhin überregional finanziell unterstützt wird. Dazu braucht es auch eine Trägerschaft. Dies muss mit in den Veränderungsprozess einbezogen werden. Dabei gibt es verschiedene Varianten.
Unser Anliegen: Der GnR als Entscheidungsgremium und die Bevölkerung sollen regelmässig über den Stand der Reorganisation der Agglomeration informiert werden. Die neuen Statuten des Gemeindeverbandes der Agglo müssen laut Geschäftsreglement des GnR durch den GnR genehmigt werden. Eine Vernehmlassung und eine Information an die Bevölkerung sind vorgängig sehr zu empfehlen.

Unsere Frage an den GR: Im Auftrag der Motion stand auch, dass die Bevölkerung über die Resultate der Analyse informiert wird. Wie gedenkt der GR dies nun zu realisieren und in welcher Zeit?

Die FWD sagen einstimmig JA zum Antrag des GR, d.h. ja zur Strategie mit den entsprechenden Massnahmen. Die Ziele und Massnahmen sollen dabei in das Legislaturprogramm 2021 - 2026 integriert werden.

GA Kuno Philipona: Von mehreren Rednern wurde gefordert, dass eine Spezialkommission in der nächsten Legislatur gegründet wird, welche nicht nur der GR und der GnR, sondern vielleicht eine grössere Kommission sich für die Umsetzung der Punkte aus diesem Bericht einsetzen werden. Der zukünftige GR wird dies sicher in seine Legislaturziele mit einbeziehen.
Was die Agglomeration anbelangt, hat Herr Schneuwly jetzt gerade sehr viel erwähnt. Wie es sich genau entwickelt, ist noch offen. In 4 Jahren muss es abgeschlossen sein, d.h. in 2 Jahren, also Ende 2022, sollte der Perimeter feststehen und 2 Jahre später sollten auch die Statuten genehmigt werden. Er denkt, dass es sehr wichtig ist, dass Düdingen als einzige deutschsprachige Gemeinde momentan wirklich mithilft, die anderen Gemeinden, welche sich im Perimeter befinden, wie vorher erwähnt von André Schneuwly, somit wären bevölkerungsmässig sozusagen die Hälfte des Sensebezirks im Gemeindeverband Agglo. Aber alle diese Dinge müssen hier im GnR sicher noch mehrmals diskutiert werden. Die heute Abend geforderte Spezialkommission würde er sehr empfehlen, dass zusammen mit dem GR und dem GnR etwas entstehen kann, was zukunftsweisend ist.

André Schneuwly (FWD): Die Frage der Information an die Bevölkerung ist in dieser Motion auch erwähnt. Er denkt, dass es mit der Beantwortung noch nicht ganz erledigt ist, auch im Rückblick auf die Konsultativabstimmung. Er wäre dankbar zu erfahren, wie der GR die Bevölkerung informieren will, welche diesen Bericht nicht erhalten haben.

GA Kuno Philipona: Der Bericht, wie ihn die GnR erhalten haben, wird ab morgen auf die Website der Gemeinde aufgeschaltet. Also jedermann kann diesen Bericht lesen. Was wichtig ist, wie nachher die Bevölkerung in der Zukunft für diverse ganz wichtige Entscheidungen auch informiert wird, das liegt in der Hand des GR, welcher dann effektiv aktiv werden muss. Wenn es eine Volksabstimmung geben würde, dann müsste ja die Bevölkerung informiert werden und er überlässt dies dem zukünftigen GR.
Es sind zurzeit noch viele Fragen offen. Der Staatsrat hat uns bereits mehrmals einladen wollen. Es betrifft über 30 Gemeinden, die diesem Gemeindeverband angehören können. Aber infolge der Pandemie konnte nie eine solche Sitzung organisiert werden. Jetzt haben wir bereits Ende März und von ihm aus, müsste jetzt dringend etwas passieren, damit die verschiedenen Fragen für die Feststellung dieses Perimeters per Ende 2022 verabschiedet werden kann. Wir werden diesen Wunsch in der Agglomeration auch das erste Mal diskutieren. Er wird auch die Voten von André Schneuwly unterstützen, neben Raumplanung, Mobilität sollte unbedingt auch Kultur weiterhin ein Thema sein. Denn wir haben hier in Düdingen das Bad Bonn, Kultur im Podium und diverse Kulturveranstaltungen in der Region sind auch nur möglich, wenn es überregional organisiert und finanziert wird.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

ANTRAG des Gemeinderates

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat die Motion als erledigt abzuschreiben.

Beschlussfassung: ***Anwesende Generalräte: 43***

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

4.3 Postulat "Die Gemeinde Düdingen tut nachhaltig etwas für die Umwelt!"

Ausgangslage
An der Generalratssitzung vom 09.12.2019 wurde das Postulat „Die Gemeinde Düdingen tut nachhaltig etwas für die Umwelt“ der Generalrätin Sara Lenherr und des Generalrates Laurent Baeriswyl sowie 13 Mitunterzeichnern mit 32 zu 14 Stimmen zur Behandlung durch den Gemeinderat überwiesen.

Das Postulat enthält neben konkreten Vorschlägen auch zukunftsorientiere langfristige Anregungen, in welchen Bereichen die Gemeinde nachhaltige Beiträge leisten kann.

Die Gemeinde engagiert sich seit langem um einen massvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen und der Verminderung von schädlichen Einflüssen auf die Umwelt. So unterstützte die Gemeinde private bei Energieberatungen. Mit dem Anschluss der zentralen Gemeindeliegenschaften an das Fernwärmenetz verhalf man unter anderem zum dritten Mal dem Sensebezirk zum Energiestadt-Label. Mit einem modernen Materialpark des Werkhofs verringern wir Umwelteinflüsse. Mit der Abgabe von günstigen Tageskarten und der testweisen Einführung eines Ortsbusses wird für den öffentlichen Verkehr und der Modalsplit gefördert. Als Projektträger und Initiator unterstützt die Gemeinde seit den neunziger Jahren das Landschaftsplanungskonzept „Landschaft & Landwirtschaft“, welches erlaubt, dass unter anderem Bäume und Hecken gepflanzt und neue ökologische Elemente wie Blumenwiesen oder Buntbrachen angelegt werden, um der Fauna und Flora zusätzliche Lebensräume zu geben. So werden auch die Flächen beim Gemeindehaus mit Naturkräuter und Wildblumen besät und beim Thaddäusheim sind Flächen für Biodiversität ausgeschieden. Auch in die Jahre gekommenes Mobiliar wie Tische, Stühle, Sofas, werden nach Möglichkeit weiterverwendet, wie in der Bibliothek oder an Dorfvereine weitergegeben. So finden auch bereits verwendete Schulpulte oder Feuerwehrmaterialien den Weg an neue Orte und Länder. Das sind Beispiele einiger nachhaltigen Investitionen und Massnahmen im Sinne der Umwelt.

Ziel
Der Generalrat nimmt von den untenstehenden Antworten zur Umsetzungsmöglichkeitsüberprüfung Kenntnis und erklärt das Postulat als erledigt.

Massnahmen
Die im Postulat vorgeschlagenen Anregungen werden / wurden wie folgt bearbeitet:
- "La Benne Idée": Noch nicht umgesetzt.
- Carpooling: Nicht umgesetzt.
- Öffentliche Beleuchtung: Die öffentliche Beleuchtung der Gemeinde wurde in den Jahren 2011 – 2015 vollständig saniert. Der Energieverbrauch konnte damit mehr als halbiert werden. Die Technologien entwickeln sich in diesem Bereich sehr schnell weiter. Wir haben seither bei neuen Beleuchtungen nur noch LED installiert, welche in der Kernnacht stark gedimmt werden. Mittelfristig wird auch der neuere Teil der öffentlichen Beleuchtung vollständig auf LED umgestellt sein und die Dimmung damit flächendeckend umgesetzt. Der Energieverbrauch kann damit schätzungsweise um weitere 25 % reduziert werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass mit diesen Massnahmen dem Geist des Postulats im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung nachgelebt wird und dass beispielsweise deren gänzliche Abstellung gerade auch unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit unverhältnismässig wäre.
- Coworking Spaces: Der Gemeinderat hat eine Beteiligung an einem Projekt im Rahmen der Budgetdebatte abgelehnt.

Die drei mittel- bis langfristigen Anregungen:
- Pflegekonzept für öffentliche Freiräume (Seit Jahren arbeitet der Werkhof mit einem entsprechenden Konzept, welches die Biodiversität fördert)
- Information über die Bedeutung der Natur im Siedlungsraum
- Massnahmepläne zur nachhaltigen Nutzung der Ressourcen

werden dem neuen Gemeinderat zur Aufnahme in die Legislaturziele empfohlen. Ebenfalls wird dem neuen Gemeinderat empfohlen, die Oberaufsicht über diese Themen dem künftigen Ressort 5 – Bauwesen, Hochbau und Energie zu übertragen

Dafür wurde aus dem Bereich Gesundheit eine Idee im Sinne dieses Postulates lanciert:
- Windelfrei: Die Gemeinde steht hinter der Philosophie, die Babys ab Geburt abzuhalten und bei Bedarf Stoff- statt Wegwerfwindeln zu benutzen. Dazu finanziert sie eine Windelfrei-Beratung, während die Raiffeisenbank einen Gutschein für Stoffwindeln abgibt. Dadurch können die riesigen Abfallberge reduziert werden (10 % des Haushaltsmülls sind Windeln). Der Gemeinderat hat dieses Vorhaben an seiner Sitzung vom 23.02.2021 bewilligt.

Unabhängig vom Postulat, aber sicher im Sinne der Postulanten, engagiert sich der Gemeinderat weiterhin in folgenden Themen:

- Bei Bauten und Umbauten von gemeindeeigenen Gebäuden wird jeweils alles darangesetzt, die Umsetzung der geltenden Energiestandards so nachhaltig wie möglich zu gestalten. Gleichzeitig soll die Verwendung einheimischen Holzes gefördert und auf den Gebrauch umwelttechnisch problematischer Materialien soweit wie möglich verzichtet werden. Auf die Verwendung von nach dem Stand des Wissens gesundheitsschädigenden Baustoffen wird ganz verzichtet.
- Die Gemeinde unterstützt jeweils die Aktion "Bike to work" für ihre Angestellten finanziell. Die Angestellten werden bei jeder Gelegenheit darauf hingewiesen, nicht mit dem eigenen Auto zur Arbeit zu kommen. Es stehen auch keine (resp. nur wenige für ein paar Funktionen) Gratisparkplätze beim Gemeindehaus zur Verfügung.

Dem Generalrat wird aktuell kein Antrag auf nicht vorgesehenen Ausgaben gestellt, da keine Umsetzungsmassnahmen vorgesehen sind.

Fazit
Das Postulat kann als erledigt betrachtet werden.

Wortmeldungen:
GR Urs Hauswirth: Bereits bei der Überweisung dieses Postulats hat Syndic Kuno Philipona darauf aufmerksam gemacht, dass der GR schon in der Vergangenheit sehr viel unternommen hat, um die Umwelt und somit das Klima zu schonen und dies auch weiterhin tun wird.

Er möchte auch nicht alles wiederholen, was gemacht worden ist, denn das Ziel dieses Postulats ist klar:
Es sollte mehr gemacht werden und auch neue Ideen gefördert werden. Dies wurde auch durch die befürworteten Fraktionen so ausgesprochen worden.

Wie der GnR aus der Botschaft entnehmen kann, wurden zum einen die im Postulat vorgeschlagenen Anregungen auf deren Umsetzung geprüft und so auch kommentiert. Zum anderen werden drei mittel- bis langfristigen Anregungen dem neuen GR zur Aufnahme in deren Legislaturziele empfohlen. Es ist vorgesehen, dass die Oberaufsicht zum Thema "Nachhaltigkeit" einem Ressort zugeordnet wird.
In dem Sinn betrachtet der GR dieses Postulat als erledigt.

Laurent Baeriswyl (CVP): Zunächst dankt er im Namen von Eliane Aebischer und ihm für die überwältigende Annahme der Motion Schulsozialarbeit.

Nun spricht er im Namen der Postulanten Sara Noth-Lenherr und ihm und dankt dem GR für die Beantwortung des Postulates.

Wir begrüssen in der Antwort sehr, dass die Gemeinde aufzeigt, was bereits umgesetzt wird. In der Gemeinde Düdingen arbeiten hervorragende Fachleute, die ganz konkret gemeinsam mit dem GR nachhaltige Projekte realisieren. Wir wissen auch, dass die Energiestadt Sense ihr Label vor allem auch der Gemeinde Düdingen verdankt, die wirklich vorbildlich unterwegs ist.

Der GR hat zu unseren Vorschlägen Stellung bezogen und Erklärungen geliefert. Zum Teil geht er noch weiter und hat zusätzliche Ideen eingebracht, was wir sehr schätzen.

Wir sind uns sehr bewusst, dass unser Postulat sehr komplex und mit grossem Aufwand für die GR und die Verwaltung verbunden gewesen wäre. Bei der Lektüre der Antwort hatten wir aber schwer den Eindruck, dass unser Postulat auf der To-do-Liste ganz weit unten gelandet ist und man plötzlich gemerkt hat, dass man dieses vielleicht noch vor Ende Legislatur beantworten sollte.

Über die einzelnen Punkte kann und soll man diskutieren.

- Öffentliche Beleuchtung: Wir haben in den Freiburger Nachrichten gelesen, dass Wünnewil-Flamatt viel weiter geht und damit Erfolg hat. Wenn man in Düdingen zu einem anderen Schluss kommt, ist das in Ordnung und stimmt für uns.
- Wenn jedoch bei Carpooling und Benne Idée steht "noch nicht umgesetzt oder nicht umgesetzt" – Was heisst das bitte schön? Es kann JA oder NEIN sein, aber eine echte Antwort wäre schön gewesen.
- Der Kelch einiger wichtiger Ideen wurde an den neuen GR weitergereicht. Da einige alte auch neue GR sind, gehen wir davon aus, dass es nicht nur bei der Empfehlung bleiben wird, sondern auch in die Legislaturziele aufgenommen werden und zwar prioritär.

Es ist uns auch klar, dass der aktuelle GR so viele Geschäfte als möglich zum Ende der Legislatur abschliessen will. Trotzdem vermittelt die Antwort den Eindruck, dass es fraglich ist, ob die Fragen überhaupt alle diskutiert wurden. Es wäre schön gewesen – das geben wir vor allem dem neuen GR mit – wenn jedes Ressort sich zu diesem Thema Gedanken gemacht hätte. Wir sind davon überzeugt, dass noch einiges herausgeholt werden kann. Dazu braucht es aber auch Kreativität und die strategische Planung des GR.

Unsere kritischen Worte zur Beantwortung des Postulats sollen den grossen Einsatz der Gemeinde Düdingen in diesem Bereich in keinster Weise schmälern. Im Gegenteil – wir gratulieren und danken dem GR für das, was er leistet.

Er möchte mit einem Zitat vom ehemaligen deutschen Industriellen und Politiker Philipp Rosenthal schliessen: "Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein."

Daniel Hayoz (JLD): Die Junge Liste Düdingen nimmt zur Kenntnis, dass der GR das Postulat bezüglich der Nachhaltigkeit als erledigt betrachtet. Zuerst bedanken wir uns beim GR für die Arbeiten, welche täglich gemacht werden auch im Wohl der Nachhaltigkeit.

Wir bedauern es, dass innovative Ideen wie zum Beispiel das Projekt "La Benne Idée" nicht berücksichtigt oder getestet wurden. Wir hoffen sehr, dass nachhaltige und innovative Ideen zum Wohle unserer Umwelt in der nächsten Legislatur an Wichtigkeit gewinnen.

Susanne Aeschlimann (SP): Das Postulat von Generalrätin Noth und Generalrat Baeriswyl setzt sich für die nachhaltige umweltbewusste Entwicklung ein, dieses Vorhaben unterstützt die SP Düdingen sehr.
Gerne hätten wir im Antwortschreiben des GR noch weitere zukunftsorientierte und innovative Ideen gelesen. Nachhaltigkeit heisst nicht, Sachen zu konservieren, sondern sich bewusst damit auseinanderzusetzen, welche Umweltthemen künftig auf uns zukommen werden, um vorausschauend zu planen.

Deshalb bitten wir den zukünftigen GR einen Schritt weiterzugehen und Richtlinien zur nachhaltigen Entwicklung zu formulieren und entsprechend auf Gemeindeebene die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft miteinzubeziehen.

Um dieses Vorhaben umzusetzen wurde vom Kanton für die Freiburger Gemeinden und lokalen Vereinigungen ein Leitfaden für eine Agenda 2030 herausgegeben und ein Massnahmenportfolio zugunsten der nachhaltigen Entwicklung ausgearbeitet. Darin sind 17 Ziele formuliert, welche die wichtigsten ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen von heute abdecken.

Damit diese Anliegen in die politische Diskussion einfliessen, schlägt die SP Düdingen folgende Massnahme vor: Der Leitfaden der Agenda 2030 wird bei der künftigen Formulierung von Legislaturzielen als Referenz berücksichtigt.

Den Menschen, der Umwelt und der Wirtschaft zuliebe!

Jaqueline Haymoz (FWD): Die Fraktion der Freien Wähler Düdingen hat die Antwort vom Postulat gelesen und schliesst sich dem Votum von Herrn Baeriswyl an.

Auch die FWD haben das Gefühl, dass dies ziemlich weit unten bei der To-do-Liste war. Doch danken wir dem GR für die Antworten und wir sehen auch, dass bereits heute sehr viel gemacht wird, und das finden wir sehr gut. Trotzdem bleiben einige Fragen offen, dies wurde von Herrn Baeriswyl auch erwähnt. Uns fehlen zum Beispiel Erklärungen bei der Stelle "nicht umgesetzt, oder abgelehnt" hätten wir uns gewünscht, dass wir dort ein paar Erläuterungen dazu lesen könnten. Generell wird eine ganzheitliche Vision vermisst, nach dem Motto "Wohin die Reise geht". Die Umwelt und Nachhaltigkeit gehören zu unserem Alltag und das wird uns immer beschäftigen, auch in der nächsten Legislatur.

Auch wir schliessen uns der Voten der Vorredner/innen an und bitten den neu gewählten GR in der Legislaturziel 2021-2026 Umwelt und Nachhaltigkeit stark zu berücksichtigen. Es geht auch darum, dass wir alle, welche hier in Düdingen wohnen, uns fragen, was und wie wir etwas in diesen Bereichen beitragen können. Das wünschen wir uns für die kommende Legislatur.

Es werden keine weiteren Wortmeldungen verlangt. Der Vorsitzende schliesst die Beratung zu diesem Geschäft.

4.4 Weitere parlamentarische Vorstösse

Es liegen keine weiteren parlamentarischen Vorstösse vor.

	0.11.3.010	Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)
142	**Generalrat** Verschiedenes	

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Markus Haas, Präsident GnR (SP): Der GnR trifft sich zur nächsten und letzten Sitzung der laufenden Legislatur am Montag, 26. April 2021, um 19.30 Uhr, im Kultur- und Konferenzsaal Podium.

Die weiteren GnR-Termine 2021 sind im Internet publiziert. Die Konstituierende Sitzung findet am 17. Mai 2021 statt.

Leider müssen wir, wie bereits angekündigt, das Apéro heute aus Sicherheitsgründen fallen lassen.

Danke für das Mitwirken an dieser GnR-Sitzung und vielen Dank an die Zuschauer/innen und Medienvertreterinnen für das Interesse. Ein besonderer Dank geht an das Team der Gemeindeverwaltung und an den Podiums-Abwart für die saubere Einrichtung und an den Techniker, welcher uns den besten Ton und ins beste Licht rückt. Dank der ausgezeichneten Unterstützung konnten wir eine top organisierte Sitzung durchführen.

Kommen Sie alle gut nach Hause und vor allem gute Gesundheit.

Gemeinde Düdingen

Wirz René
Gemeindeschreiber

Haas Markus
Generalratspräsident